

Schweiz (il)

Levrat pokert mit Personenfreizügigkeit

Die SP macht den Ausbau der flankierenden Massnahmen zu ihrem wichtigsten Thema

An ihrem Parteitag in Lugano streitet die SP Schweiz zwar über Asylpolitik. Doch den Parteistrategen ist die Offensive bei der Personenfreizügigkeit wichtiger. Dabei setzt die SP die Mitteparteien unter Druck.

Stefan Bühler, Lugano

Die Parteileitung um SP-Präsident Christian Levrat ist ein hohes Risiko eingegangen: Als wichtigstes Geschäft ihres zweitägigen Parteitags in Lugano hat sie ein Positionspapier zum Thema Migration traktandiert. Allein die Tatsache, dass die SP darin nicht nur die Vorzüge der Multikulturalität preist, sondern auch Nachteile der Zuwanderung thematisiert und Ärger mit Asylsuchenden offen anspricht, führte in der Westschweiz und bei den Jungsozialisten zu grundsätzlicher Ablehnung. Ein öffentlicher Schlagabtausch zwischen Levrat und Jung-Nationalrat Cédric Wermuth hat die Stimmung in den letzten Tagen zusätzlich aufgeheizt. So war bis gestern Samstag nicht klar, ob das Papier überhaupt die Eintretensdebatte überstehen würde.

Gross war denn im Vorfeld die Nervosität im Umfeld der Parteileitung: Es stand nicht nur das grösste Geschäft des Parteitags auf der Kippe. Mit der grundsätzlichen Ablehnung der im Papier skizzierten Asylpolitik hätte die Partei auch der Politik von SP-Bundesrätin und Justizministerin Simonetta Sommaruga, die am Samstag in Lugano anwesend war, eine Absage erteilt.

«Zweifache Blindheit»

Doch dann lenkte Levrat in seiner Ansprache den Blick der Delegierten weg von der Asylpolitik und hin zu jenem Thema, das den Parteistrategen viel wichtiger ist: «Wir müssen uns auf die grosse Schlacht um die Personenfreizügigkeit vorbereiten und mit Gewerkschaften und Mieterverbänden gewährleisten, dass die Linke einige Forderungen stellt und diese entschieden verteidigt. Dies ist der Hauptzweck des Papiers.» Die Personenfreizügigkeit sei das bedeutendste und am meisten umstrittene Thema der nächsten Legislatur: «Ohne Ausbau der flankierenden Massnahmen hat die Personenfreizügigkeit in einer Volksabstimmung überhaupt keine Chance.»

Levrat verhehlte nicht, dass sich für die SP auch aus strategischer Sicht nun eine gute Gelegenheit biete. Er beobachte «eine zweifache politische Blindheit»: Auf der einen Seite die SVP, «die den freien Personenverkehr ablehnt» und von der Rückkehr zum alten System mit Kontingenten träume. Auf der andern Seite FDP und CVP, «die zwar ausländische Arbeitskräfte wollen, aber keine internen Reformen wünschen». In dieser Situation, so folgerte Levrat wenig später, «werden wir für unsere Forderungen nie mehr über einen so starken Hebel verfügen wie im Rahmen des freien Personenverkehrs».

Mit andern Worten: Nachdem sich die SVP mit ihrer Initiative «gegen die Massenzuwanderung» festgelegt hat, erhöht Levrat den Druck auf die Mitteparteien – sie sollen Konzessionen machen, sonst droht das Ende der Personenfreizügigkeit. Ob sich die SP ohne zusätzliche flankierende Massnahmen tatsächlich dereinst gegen die Personenfreizügigkeit wenden werde, liess Levrat auf Nachfrage allerdings offen: «Garantieren kann ich für nichts.»

Justizministerin Sommaruga nahm den Ball auf: «Gerade weil wir die Migration begrüßen, müssen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sie von der Bevölkerung akzeptiert wird», sagte sie: «Das gilt für den wichtigsten Bereich der Migration, nämlich die Zuwanderung über die Personenfreizügigkeit.»

Breites Bündnis

Welche Verschärfungen sich die SP wünscht, ist im SP-Papier im Kapitel «Flankierende Massnahmen plus» nachzulesen. Der Strauss der Vorschläge reicht von der Abschaffung steuerlicher Privilegien, mit denen ausländische Firmen angelockt werden, über Mindestlöhne, die

Einführung der Solidarhaftung von Generalunternehmern für ihre Subunternehmer bis zur Erhöhung der Sanktionen gegen fehlbare Arbeitgeber im Fall von Lohndumping.

Neu sollen auch auf dem Wohnungsmarkt flankierende Massnahmen eingeführt werden, wie sie kürzlich schon der Mieterverband gefordert hat. Die SP setzt hier unter anderem auf die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die Beschränkung der Erhöhung von Mietzinsen bei Mieterwechseln und den Ausbau des Kündigungsschutzes.

Levrat macht kein Geheimnis daraus, dass sich die SP mit dem Mieterverband und den Gewerkschaften abgesprochen habe und er davon ausgehe, dass sich weitere Interessenverbände diesem Bündnis für eine Stärkung der flankierenden Massnahmen anschliessen werden. Sein Ziel sei es, in den nächsten Wochen einen Forderungskatalog zu erarbeiten.

Die Jungsozialisten kritisierten das Migrationspapier in Lugano heftig: Indem es von Chancen und Risiken der Migration rede, unterwerfe es Migranten einer Kosten-Nutzen-Rechnung, dies sei inakzeptabel. Oft wurde das SP-Konzept mit SVP-Politik gleichgesetzt. Doch in der Abstimmung unterlagen die Jusos dann deutlich, der Parteitag stimmte klar für Eintreten. Er glaube nicht, dass das Papier am Sonntag in der Schlussabstimmung noch scheitern könnte, sagte ein sichtlich erleichterter Levrat danach.

[«Auf die grosse Schlacht vorbereiten»: SP-Präsident Christian Levrat am Parteitag in Lugano. \(8. September 2012\)](#)

SP-Parteiprogramm Ende der Diskussion *Bühler S. (sbü)*

Die Überwindung des Kapitalismus, die Abschaffung der Armee und der EU-Beitritt waren am Parteitag in Lugano kein Thema mehr: Die Delegierten schmetterten den von über 50 Ortssektionen unterstützten Antrag ab, auf das vor zwei Jahren in Lausanne verabschiedete Parteiprogramm zurückzukommen. Damit wird eine Diskussion beendet, die vor zwei Jahren hohe Wellen geworfen hatte. Vor allem ländliche Sektionen aus der Deutschschweiz wehrten sich damals gegen die besagten Punkte im Parteiprogramm und kritisierten sie als weltfremd. Sie taten dies freilich erst nach dem Parteitag, an dem die Parteilinke deutlich in der Überzahl war.

Doch SP-Präsident Christian Levrat erstickte am Samstag jegliche Diskussion im Keim: Die Entscheide in Lausanne seien breit abgestützt gewesen, «es gab nur sehr wenige Gegenstimmen damals. Wir sollten die Diskussionen innerhalb der Partei führen und nicht erst nach einem Parteitag in der Öffentlichkeit.» Offenbar war den Delegierten aus den unzufriedenen Sektionen der Weg an den Parteitag auch diesmal zu weit – im Kongresszentrum stimmte von den rund 400 Delegierten nur rund ein Dutzend den Rückkommensanträgen zu.

Verabschiedet wurde indes eine Kurzfassung des Parteiprogramms. Dabei erlitt die Parteileitung eine Schlappe: Die Delegierten gaben einem Gegenvorschlag den Vorzug, in dem die Positionen aus dem Parteiprogramm pointierter formuliert werden. Diskussionslos entgegengenommen wurde schliesslich eine Kürzestversion, die laut Nationalrat **Matthias Aebischer** dazu dienen soll, das SP-Programm «auch den Büzern und den Leuten ohne Studium, für die die SP ja einsteht», zu erklären. (sbü.)